

V1-Ä1 Böllerverbot jetzt!

Antragsteller*in: Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg)

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 19 bis 29:

Wir verurteilen die rassistische Debatte im Nachgang des letztjährigen Silvesters auf Schärft~~e~~. ~~Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein. Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw. universitären Kontextes kostenlos zugänglich sein. Aus mehreren Debattenbeiträgen der letzten Jahre wissen wir, dass die schleswig-holsteinische Bildungsministerin nicht genug Sensibilität für den Themenbereich Diskriminierung besitzt. Deswegen soll die Zuständigkeit hierfür beim Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung liegen.~~ ste. Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein. Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw. universitären Kontextes für alle Menschen kostenlos zugänglich sein. Unter strukturellem Rassismus und Diskriminierung leiden auch bei uns im Land immer noch viel zu viele Menschen. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, den mit dem Landesaktionsplan bereits begonnenen Weg in die richtige Richtung weiterzugehen und die entsprechenden Maßnahmen sowie falls erforderlich zusätzlich weitere Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

Begründung

In der letzten Legislatur wurde von der Regierung im Juni 2021 der Landesaktionsplan gegen Rassismus verabschiedet. Er enthält vereinbarte Maßnahmenpakete für alle Ressorts, die sich an der Umsetzung beteiligen müssen. Die Umsetzung ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Da es wichtig ist, dass alle gemeinsam strukturellen Rassismus im Konkreten und in allen Bereichen bekämpfen, sollte dieser gemeinsam beschlossene und richtige Weg auch weiter verfolgt werden.

Link zum Aktionsplan:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/IV/Service/Broschueren/Broschueren_IV/Kriminalpraevention/landesaktionsplan_rassismus.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Unterstützer*innen

Malte Krüger (KV Steinburg); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Jan Kürschner (KV Kiel); Katharina Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Marcus Worm (KV Herzogtum Lauenburg); Annedore Granz (KV Herzogtum Lauenburg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn)